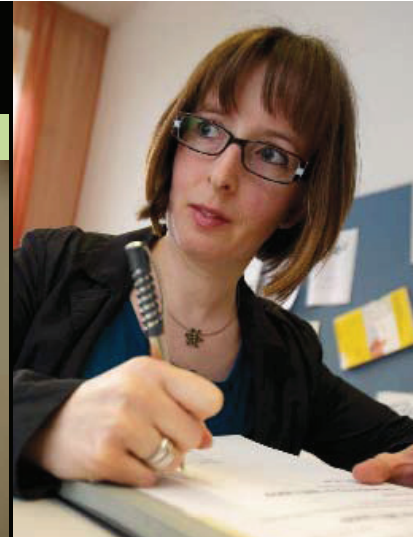


Matthias Hansy, Bundesobmann der Schülerunion



Mag. Richard Ber, Polizeijurist



**Maria Stessel,
Verwaltungs- und Rechnungsführerin**



Hans Schöpf, Oberstleutnant



Hubert Grameth, Chefinspektor



Karl Ernst Stocker, Rechtspfleger



Martin Groß, Lehrer

HART am Limit Unruhe im öffentlichen Dienst

Die Zeiten sind hart, keine Frage. Dennoch ist Vorsicht geboten. Wer den öffentlichen Dienst krankspart, wird mit den Konsequenzen leben müssen: Der Wirtschaftsstandort Österreich ist in Gefahr, die Lebensqualität in unserem Land steht auf dem Spiel. Wir haben sieben Menschen besucht, die Tag für Tag ihr Bestes für unseren Staat und seine Bürger geben. Ihre einhellige Botschaft: Der öffentliche Dienst ist am Limit, mehr Sparen geht nicht.





Das Bundesheer

wird zu Tode gespart

Durch die Heeresreform sind Bedienstete ohne Beschäftigung. „Es darf auf keinen Fall zu Gehaltskürzungen kommen“, sagt Oberstleutnant Hans Schöpf, der einen Einblick in die alltäglichen Sorgen und Nöte der Betroffenen gewährt.

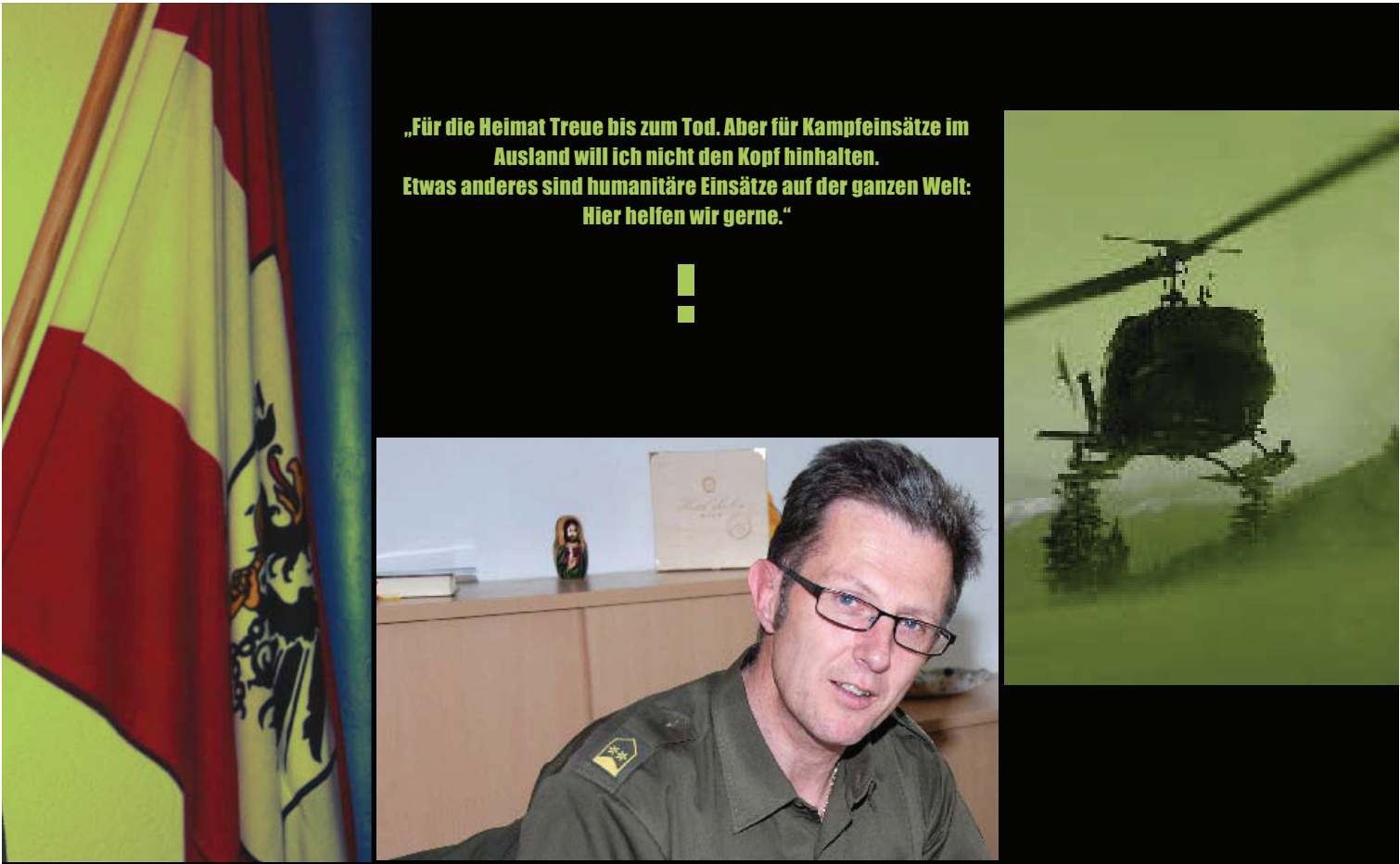
TEXT: MAG. CHRISTINE STEINER

FOTOS: STEINER (4) / BUNDESHEER (5)

Innsbruck, Militärkommando Tirol: „Das Bundesheer wird zu Tode gespart“, sagt Oberstleutnant Hans Schöpf. Der 46-Jährige ist Sicherheitsfachkraft beim Militärkommando Tirol und Fachausschussvorsitzender in der Personalvertretung, zudem stellvertretender Vorsitzender der Landesleitung Bundesheergewerkschaft Tirol. Die Ankündigung von Bundeskanzler Werner Faymann, es werde beim Heer zu „realen Kürzungen“ kommen, verwundert ihn. Denn schon jetzt sei zu wenig Geld vorhanden. In Österreich würden nur rund 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes dem Bundesheer zufließen. „Bei rund einem Prozent kann das Bundesheer leben“, erklärt Schöpf. Er hat seine Karriere beim Heer vor 28 Jahren begonnen, rückte 1981 gleich nach der Matura ein und absolvierte die Militärakademie. Danach war er in Salzburg als Kompaniekommandant bei der Luftraumüberwachung tätig, später als Leiter einer Heeresfahrschule in Tirol. Seit 2001 achtet er als Sicherheitsfachkraft auf Arbeitssicherheit und menschengerechte Arbeitsgestaltung. In seiner Arbeitszeit besucht Schöpf Dienststellen in Vorarlberg und Tirol, ermittelt Gefahren und legt Schutzmaßnahmen fest. „Wichtig ist mir das Gespräch mit den Bediensteten“, erklärt er. Sein großes Ziel: „Das Sicherheitsdenken soll verinnerlicht werden.“

Auslandseinsätze im Vordergrund

Denkt er an den Beginn seiner Karriere zurück, so kommt Schöpf zu dem Schluss: „Das Heer hat heute andere Prioritäten als früher.“ „Ich bin sehr heimatverbunden, wollte etwas für die Heimat tun, mich selbst einbringen“, erzählt er, warum er zum Heer gegangen ist. Zudem habe ihm gefallen, dass man als Beamter im öffentlichen Dienst einen sicheren Arbeitsplatz hat. „Damals stand die Verteidigung der Heimat im Vordergrund, es gab weniger Auslandseinsätze“, erklärt Schöpf, der hier einen Paradigmenwechsel ortet. Der Schwerpunkt habe sich in Richtung Ausland verlagert, sagt er. „Damit hat unsere Generation zum Teil Identifikationsprobleme.“ Für ihn selbst gilt: „Für die Heimat Treue bis zum Tod.“



„Für die Heimat Treue bis zum Tod. Aber für Kampfeinsätze im Ausland will ich nicht den Kopf hinhalten. Etwas anderes sind humanitäre Einsätze auf der ganzen Welt: Hier helfen wir gerne.“

Aber für Kampfeinsätze im Ausland will ich nicht den Kopf hinhalten.“ Wobei er mit Ausland Regionen außerhalb der EU meint. Schöpf ist gegen eine Beteiligung von österreichischen Soldaten bei „friedensschaffenden Maßnahmen“, also Kampfeinsätzen, im Ausland. Etwas anderes seien humanitäre Einsätze auf der ganzen Welt: „Hier helfen wir gerne.“

Waren Auslandseinsätze früher eher die Ausnahme, so gehören sie heute für Soldaten zum Alltag. „Ein Soldat muss heute Abenteuer sein“, erklärt Schöpf. „Und Nomade, denn alle Ausbildungen finden im Osten Österreichs statt“, so der Oberstleutnant, der selbst die dreijährige Grundausbildung in Wiener Neustadt absolviert hat. Ein Problem für Soldaten aus dem Westen Österreichs, da auch alle Fortbildungen im Osten stattfinden. Dies sei nicht familienfreundlich und vielleicht auch ein Grund, warum das Bundesheer im Westen Nachwuchssorgen habe, so Schöpf. Ist das Bundesheer als Arbeitgeber zu wenig attraktiv? „Vielleicht. Unsere größte Konkurrenz ist die Polizei. Dort sind die Rahmenbedingungen besser.“

Beim Heer wird halbe-halbe gemacht

Dazu kommen viele Schlagzeilen in den Medien über die Heeresreform, die bereits begonnen wurde und bis 2010 umgesetzt werden sollte. Die Eckpunkte der Reform: Die Gesamtstärke des Bundesheeres (inklusive Milizsoldaten) wurde von 110.000 auf 55.000 halbiert, Brigaden und Bataillone wurden reduziert und der Grundwehrdienst von acht auf sechs Monate verkürzt. Letzteres kritisiert Schöpf massiv: „Die Verkürzung des Präsenzdienstes führt die Wehrpflicht

ad absurdum. Ausbildung braucht Zeit, es wäre unverantwortlich, jemanden nach einem halben Jahr Präsenzdienst in den Einsatz zu schicken.“ Dazu komme, dass die Ausstattung beim Heer immer technischer werde, was längere Einschulungszeiten zur Folge habe.

Für Aufregung sorgt derzeit auch die angestrebte Umstrukturierung im Zuge des Streitkräfteabbaus: Im Jahr 2010 sollen von den 24.000 Mann im aktiven Kader 12.000 bei der Truppe sein, genauso viele werden in der Grundorganisation eingesetzt. Halbe-halbe ist das Motto. Das heißt, es wird künftig mehr Arbeitsplätze bei der Truppe geben, also für Soldaten bis 48 Jahren und dafür weniger bei der Grundorganisation. Letztere sind derzeit in der Überzahl. Durch die Umstrukturierung fallen Arbeitsplätze in der Grundorganisation und somit Ausstiegs- bzw. Aufstiegsmöglichkeiten für die Truppe weg. Da diese aber von Bediensteten besetzt sind, muss für die Betroffenen eine neue Aufgabe gefunden werden.

„Unser Hauptproblem in Tirol liegt im zivilen Bereich“, erklärt Schöpf. In Hall wurde per 31. Dezember 2008 die Werkstättenabteilung aufgelöst; für die rund 60 Personen, die dort beschäftigt waren, gibt es derzeit fast keine adäquate Arbeit. „Es sind zum Großteil Fachkräfte, Mechaniker, Lackierer, Spengler usw., die man in ihrer Funktion nicht mehr benötigt“, erläutert der Personalvertreter. „Die Stimmung ist schlecht, die Leute haben ihren Job ja gern gemacht“, erklärt er. Nun müssten sie umgeschult werden, Ziel sei die Integration in den Arbeitsprozess.

Die Reform ist in Tirol weniger problematisch als im Osten Österreichs: „Wir sind nicht voll besetzt“, erklärt Schöpf.



„Die Verkürzung des Präsenzdienstes führt die Wehrpflicht ad absurdum. Ausbildung braucht Zeit, es wäre unverantwortlich, jemanden nach einem halben Jahr Präsenzdienst in den Einsatz zu schicken.“

„Das Heer hat heute andere Prioritäten als früher.“



Er macht aber auf ein anderes Problem aufmerksam: Durch den Verkauf der Enrichkaserne in Kufstein müssen schon jetzt rund 30 Bedienstete nach Innsbruck pendeln, das sind täglich 170 Kilometer.

Zwei Bedienstete auf einem Posten

Trotz guter Ausgangsposition rechnet Schöpf aber damit, dass es ab 2010 auch in Tirol sogenannte „Zielarbeitsplätze“ geben wird. Das heißt, ein Bediensteter beginnt bereits zwei Jahre, bevor er in Pension geht, seinen Nachfolger einzuschulen, die beiden teilen sich einen Job. Personalvertreter Schöpf sieht dies positiv. „Es ist alles besser als nicht mehr gebraucht zu werden.“ Denn dies wäre die zweite Variante: Bedienstete, die keine Aufgabe mehr haben, werden nach Hause geschickt, können aber jederzeit vom Bundesheer wieder einberufen werden. Stellt sich die Frage: Könnte man sie nicht in anderen Ressorts des Bundes einsetzen? „Das wird nicht funktionieren“, so Schöpf. „Auch dort brauchen sie Junge.“ Es sei ein Trugschluss zu glauben, dass das Problem so gelöst werden könne.

Damit die Betroffenen zumindest keine finanziellen Einbußen haben, fordert die Gewerkschaft für sie die Verlängerung des Sozialpaketes, das mit 1. Juli dieses Jahres ausläuft. Es beinhaltet, dass die Besoldungsmerkmale für einen Arbeitnehmer sechs Jahre gleich bleiben, auch wenn sein neuer Arbeitsplatz niedrigere Wertigkeit hat. „Es darf auf keinen Fall zu Kürzungen kommen“, sagt Schöpf.

Außerdem fordert die Gewerkschaft die Möglichkeit der Frühpensionierung mit 55. „Das muss auf jeden Fall freiwillig sein“, erklärt der Personalvertreter. Und auch die finanziellen

Rahmenbedingungen müssten passen. „Auch das Modell der Arbeitsteilzeit – 50 Prozent Arbeit, 75 Prozent Gehalt und 100 Prozent Versicherung –, beginnend fünf Jahre vor tatsächlichem Pensionsantritt, wäre überlegenswert“, so Schöpf.

Reform ohne Budget

Was ihn am meisten an der Reform ärgert: „Von der militärischen Führung wurde eine Reform ausgearbeitet, ohne von der Politik die nötigen finanziellen Mittel dafür bekommen zu haben.“ Jeder Unternehmer, der so handle, würde in Konkurs gehen.

Denn die Personalkosten würden nicht weniger, Auslandseinsätze das Budget aber massiv belasten. „Bestimmte Auslandseinsätze sollte man aus budgetärer Sicht hinterfragen“, meint Schöpf, der sich gegen Sparen im Inland ausspricht.

Geld lukrieren will das Bundesheer übrigens durch den Verkauf von rund 40 Prozent der Liegenschaften, von Kasernen und Truppenübungsplätzen. „Hier wurden falsche Versprechungen gemacht. Man hat mit unseriösen Zahlen gearbeitet“, meint Schöpf. Nun erziele man nicht so viel Gewinn, wie man sich vorgestellt hat. Ein Ausweg aus der Misere wäre laut Schöpf, dem Bundesheer Aufträge zu geben, die den finanziellen Mitteln entsprechen. Oder mehr Geld, was er nicht nur in Zeiten der Wirtschaftskrise als unrealistisch ansieht. Angesichts täglicher Meldungen über Entlassungen und Kurzarbeit sagt er: „Hören wir auf, uns zu Tode zu jammern.“ Denn trotz aller Probleme beim Heer ist er sich zur Zeit – wie wohl viele seiner Kollegen – bewusst, wie viel ein sicherer Arbeitsplatz wert ist.